

DieselölBenzin



HEIZÖLHAURI

Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

TOTALREVISION DES KANTONALEN SOZIALHILFEGESETZES

Schlag gegen gut funktionierende Milizbehörde

Neu schlägt der Regierungsrat beziehungsweise die entwurfsausarbeitende Expertenkommission vor, die heutigen Kompetenzen den bestehenden Sozialbehörden wegzunehmen und für die Fallführungen alleine die Verwaltung verantwortlich zu machen. Zwar haben sie nicht den Mut gehabt, die Sozialbehörden formell aufzulösen. Stattdessen lassen sie diese zu reinen Plauderrunden zu den steigenden kommunalen Sozialkosten ohne Einblick in die wahren Probleme degradieren.



Barbara Steinemann
Nationalrätin SVP
Mitglied Sozialbehörde
Regensdorf

Es geht aus den Ausführungen nicht hervor, welche sachlichen Überlegungen diesem einschneidenden Systemwechsel zugrunde liegen. Über die Gründe und die Hintergedanken dieses Vorschlages kann also nur spekuliert werden. Nachfragen bei einzelnen Mitgliedern dieser Gruppe ergeben keine schlüssige Erklärung. Könnte es sein, dass dann die Sozialindustrie leichteres Spiel hat?

Heute haben alle Gemeinden eine Sozialbehörde oder eine Sozialkommission. Oft nimmt der Gesamtgemeinderat oder ein Ausschuss desselben die Aufgaben der Sozialbehörde wahr. So ist überall gewährleistet, dass die Akten von mehreren, vom Volk gewählten Personen, begutachtet werden. Die Dossiers werden von der Verwaltung abgeklärt und im Rahmen der mehrköpfigen Sozialbehörde überprüft, bewilligt oder abgelehnt. Das stellt ein Minimum der stets geforderten Transparenz sicher. Transparenz ist ja eine moderne politische Forderung. Konsequenterweise soll dieser Grundsatz genauso Gültigkeit für die Geldströme der Sozialindustrie, der Sozialfirmen und der Sozialhilfe beanspruchen.

Ein Paradigmenwechsel von Tragweite
Durch das Ausschalten der kritischen Vielaugen-Betrachtung und damit der kritischen Stimmen würde die Ausgabendisziplin ausgehebelt. Exzessive Fälle wie jener von Carlos, Hagenbuch oder Boris waren nur möglich, weil ausschliesslich die Verwaltung wirkte. Der Fall Carlos hatte für den politisch Verantwortlichen vernichtende Wirkung und der Fall Hagenbuch hat der verfügenden Institution Kesb einen nachhaltigen, fast irreparablen Imageschaden zugefügt. Sie haben im Übrigen ganz grundsätzlich der Politikverdrossenheit Vorschub geleistet. Ich möchte Ihnen die Tragweite dieses Paradigmenwechsels mit aktuellen

Beispielen aus meiner Gemeinde vor Augen führen:
Eine alleinerziehende Mutter aus dem Balkan mit geringem Integrationsgrad benötigt Hilfe bei der Bewältigung des Alltags. Die Gemeinde holt eine Offerte ein: 130 Stunden à 130 Fr. innert 6 Monate kostet 16 900 Franken plus Wegspesen 5180 Franken und Vor- und Nachbereitungszeit 3380 Franken, sowie Standortgespräche 820 Franken. Das macht dann 26 654 Franken pro halbes Jahr. Nach sechs Monaten liegt in der Regel der Antrag der Sozialfirma auf Verlängerung in ähnlichem Ausmass vor. Sofern nicht die Kesb involviert ist und selbst verfügt, hat die Gemeinde in der Regel einen Spielraum und kann Anbieter und Anzahl Stunden und Länge selbst bestimmen.
In einem derart kostenintensiven Bereich müssen zwingend mehrere Köpfe mitsprechen und mitkontrollieren können. Es geht nicht nur um den Preis, sondern auch um die Wirkung dieser Massnahmen. Wir haben heute eine hohe Akzeptanz des Sozialwesens, gerade durch die Mitwirkung der Bevölkerung mittels dieser Behörde.

zialhilfe-Haushalten absolut keine Seltenheit mehr. Dieses Jahr hatten wir mehrere Anträge in dieser Dimension. Auch die Fremdplatzierungen schlagen kostenintensiv zu Buche: 20 721 Franken pro Monat für einen 14-jährigen Jungen in der Stiftung Passagio war bisher der teuerste Heimfall (durch die Kesb verfügt). Aber auch andere sind nicht nachvollziehbar: Aufenthalte in Frauenhäusern kosten monatlich zwischen 11 000 und 17 000 Franken (jeweils inkl. Kleinkinder/Baby), daneben lohnt es sich immer auch bei Integrationskursen, Zahnarztrechnungen, Sprachkursen, Arbeitseingewöhnungsmassnahmen, Übernahme von überhöhten Mieten, Auflagen und Kürzungen und vieles mehr genauer hinzuschauen und Aufwand und Wirkung in der Gruppe zu diskutieren. Während die Privatschule und ihre Exzesse immer wieder ins Fadenkreuz der Öffentlichkeit geraten, herrscht bei der Hilfsindustrie ein seltsames Schweigen. Erreicht dieses Geschäftsmodell der beauftragten Sozialarbeiter seine selbstdeklarierten Ziele, die sozialen Aufgaben zu bewältigen? Zweifel sind angebracht: Sowohl die Zahl der Fürsorgebezüger wie auch die Kosten nehmen bekanntlich stetig zu. Die Sozialbehörden haben eine kostendämpfende Wirkung auf die ohnehin explodierenden Sozialkosten, sie

Totalrevision des kantonalen Sozialhilfegesetzes – Ein Fehlgriff!

Die SVP des Kantons Zürich hat dem Kanton ihre Vernehmlassungsantwort zum Entwurf des Sozialhilfegesetzes zugestellt. Fazit: Die Totalrevision geht in die falsche Richtung. Dabei gibt es verschiedene Problemkreise, welche nicht zum Wohle des Kantons Zürich und der Gemeinden angegangen werden.

svp. Die SVP lehnt den Entwurf der Totalrevision des kantonalen Sozialhilfegesetzes ab. Er verfehlt das Ziel eines schlanken, bürgernahen Erlasses und enthält zu viele schädliche Neuerungen für die öffentlichen Kassen. Der Entwurf schränkt die Gemeindeautonomie noch mehr ein, als dies heute schon der Fall ist, und degradiert damit die Kommunen zu blossen Vollzugsorganen.
Neu schlägt der Regierungsrat beziehungsweise die entwurfsausarbeitende Expertenkommission vor, die heutigen Kompetenzen den bestehenden Sozialbehörden wegzunehmen und für die Fallführungen alleine die Verwaltung verantwortlich zu machen.

Zwar haben sie nicht den Mut gehabt, die Sozialbehörden formell aufzulösen. Stattdessen lassen sie diese zu reinen Plauderrunden zu den steigenden kommunalen Sozialkosten ohne Einblick in die wahren Probleme degradieren.
SVP gegen Hintertürchen-Politik
Im Entwurf zum neuen Sozialhilfegesetz wurden bereits Hintertürchen installiert, um getroffene Volks- und Parlamentsentscheide zu kippen. Weder auf den Volksentscheid «Asylfürsorge für vorläufig Aufgenommene» noch zum Kantonsratsentscheid betreffend Informationsweitergabe und Übernahme von Sanktionen und Auflagen geht der Entwurf sachdienlich ein. Die

Linke hat über ihren Regierungsrat sowie ihre Vertreter im leitenden Ausschuss des Gemeindepräsidentenverbandes und die grundlegend linksgefärbte Sozialkonferenz bereits spürbar Einfluss genommen.
Die SVP des Kantons Zürich wird die Entwicklung des neuen Sozialhilfegesetzes mit Argus-Augen beobachten und notfalls auch das Referendum beschreiten im Wissen und mit der festen Überzeugung, das Volk in diesen Themen hinter sich zu haben.
Die SVP-Kantonsratsfraktion wird ausserdem ein weiteres Vorstosspaket im Kantonsrat einreichen, um der ausufernden Sozialindustrie Gegensteuer zu geben.

Eisernes Schweigen
Mittlerweile sind monatliche Kosten von 4000 bis 5000 Franken Erziehungshilfen für einen einzigen problematischen Haushalt auch in meiner Gemeinde mit 18 000 Einwohnern und rund 400 So-

Fortsetzung auf Seite 3

Jetzt abstimmen!

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 25. November 2018

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative vom 23. März 2016, Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)	NEIN
2. Volksinitiative vom 12. August 2016, «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»	JA
3. Änderung vom 16. März 2018 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)	JA



Technik für Ihren Event

Audio | Video | Licht
Projektion | Bühne | Rigging



www.CornuLights.ch

Christbäume
Nordmann-, Rot-, Weisstannen, Nobilis, Blaufichten

Dekorationsreisig
Nordmann, Nobilis, Kosteri
Weymouthsföhren, Weisstannen

Verpackungsgeräte + Netze
in diversen Grössen

Christbaum-Spitzmaschinen
Diverse Modelle

Fordern Sie unsere Preisliste an!



Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
info@kressibucher.ch
www.kressibucher.ch

Dietikon

HörCenter

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!

Bahnhofstrasse 12, 8953 Dietikon
Telefon 043 322 55 66
Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30

Jetzt anmelden für Gratis-Hörtest

Neuste Hörgeräte

Persönliche und individuelle Beratung durch Akustiker mit eidg. Fachausweis

Liebe Leserinnen und Leser

Wissen Ihre Geschäftsfreunde und -partner, dass sie hier für nur 320 Franken beste Werbung für Ihre Produkte und Dienstleistungen machen können?

Danke, dass Sie ihnen diese Möglichkeit empfehlen.

Ihr Zürcher Bote

Inserate «Der Zürcher Bote»:
Marco Calzimaglia
ZBV, Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Telefon 044 217 77 39
inserate@zuercher-bote.ch



Genosse lobt Genossen

«Venezuelas Wirtschaft am Abgrund», titelt das Schweizer Radio und Fernsehen SRF. «Krise in Venezuela», berichtet der Blick. Die Basler Zeitung beschreibt einen «Massenexodus» von «mehr als drei Millionen Venezolanern». Von einer «Tragödie Venezuelas» weiss die Berner Zeitung und stöhnt über «eine der schlimmsten Hyperinflationen der Weltgeschichte». Und der Tages-Anzeiger informiert über eine «katastrophale wirtschaftliche Lage», über «Hunger» und «Verzweiflung». Wir sprechen vom erdölreichsten Land der Welt. Vom landschaftlich vielfältigsten, faszinierendsten Südamerikas. Es wurde heil- und hemmungslos zuschanden geritten. Von einer gewissenlosen sozialistischen Einparteiendiktatur und dem dazu passenden, korrupten Personal. Die Kriminalitätsrate ist unfassbar, die Gesundheitsversorgung entsetzlich, die Ernährungssituation unbeschreiblich. Die Ölförderanlagen verrotten. 80 Prozent der Venezolaner leben in Armut. Dank Hugo Chávez und Nicolás Maduro. Die Menschenrechte? Ein einziges Desaster. Doch wie standen hierzulande jene Kreise, die gegenwärtig die Menschenrechte nicht genug beschwören können, zum Sozialismusexperiment in Venezuela? Sie luden Präsident Chávez 2006 als «Stargast» an die 1.-Mai-Feier nach Zürich. Die Videoübertragung scheiterte nur deshalb, weil el presidente «zu einem Gipfeltreffen nach Kuba gereist» sei. An die Maifeier 2010 wurde María León als Sprecherin an die Limmat geladen, Frauenministerin von Chávez, der sich inzwischen mit dem iranischen Holocaust-Leugner Achmadinedschad verbrüdert und den Schlächter Gaddafi «einen der grössten Staatsmänner des Jahrhunderts» genannt hatte. Solche Genossen verdienen keinen Genossen. Doch SP-Nationalrat Cédric Wermuth verteidigte das Regime Chávez 2013 im Le Matin wie ein Löwe: «Der Unterschied zwischen Realität und bürgerlicher Propaganda ist beeindruckend.» Chávez sei kein Diktator. Kriminalität? Korruption? Wirtschaftliche Ineffizienz? «Diese Probleme wurzeln im Kolonialismus», belehrte uns Wermuth. Und er verfluchte fünfhundert Jahre Ausbeutung. Doch jetzt sei alles besser: «Hugo Chávez hat den ausgebeuteten Völkern Lateinamerikas eine Stimme und ihre Würde gegeben.» Falsch. Er hat 31 Millionen Venezolaner ins Elend gestürzt. Sollten die Aargauer Cédric Wermuth zum Ständerat wählen, haben sie's besser. Sie sind nur 670'000.

VORSCHAU AUF DIE WINTERSESSION

Sesseltanz im Bundeshaus und anspruchsvolle Pflichttraktanden

Präsidentenwahlen der eidgenössischen Räte, Wahl des neuen Bundespräsidenten, Budgetdebatten und Differenzbereinigungen: In diesem Rahmen etwa verläuft normalerweise die Wintersession. Doch diesmal ist wegen der Rücktritte von Doris Leuthard und Johann Schneider-Ammann aufgrund der doppelten Bundesrats-Ersatzwahl mit mehreren Kandidaten ab Sessionsbeginn für täglich steigende Spannung gesorgt. Die Würfel fallen am Mittwoch, 5. Dezember 2018, in der Vereinigten Bundesversammlung – die Wahlfeiern finden am Donnerstag, 13. Dezember, statt.



Hans Egloff
Nationalrat SVP
Aesch ZH

Unsere Fraktion freut sich, mit Ueli Maurer (68) aus Hinwil den Bundespräsidenten für das nächste Jahr feiern zu dürfen. 1991 wählten ihn die Zürcher in den Nationalrat. Von 1996 bis 2008 war Ueli Maurer Präsident der SVP Schweiz. Am 10. Dezember 2008 wählte die Vereinigte Bundesversammlung Maurer in den Bundesrat. Bis 2015 stand er dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) vor. Seit dem 1. Januar 2016 leitet er das Eidgenössische Finanzdepartement. Am 5. Dezember 2012 kürte ihn das Parlament erstmals zum Bundespräsidenten für 2013. Im Nationalrat löst am ersten Sitzungstag die SP-Tessinerin und Ärztin Marina Carobbio Guscetti aus Locarno

den CVP-Freiburger Dominique de Buman auf dem Präsidentensessel ab. Die St. Galler FDP-Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter kann gleichentags ihre Dossiers dem CVP-Walliser Jean-René Fournier übergeben, um sich dann während zehn Tagen den Vorwahlverpflichtungen zu widmen, welche alle Bundesratskandidaten im Rahmen von «Vorstellungsbesuchen» bei den Fraktionen und Medienterminen zu bewältigen haben.

Brisante aussenpolitische Aktualitäten

Weil die bisherigen Verhandlungsergebnisse über ein Rahmenabkommen der Schweiz mit der Europäischen Union (EU) die Erwartungen in Bern nach wie vor nicht erfüllen, hat der Bundesrat endlich den Mut gefunden, den Entscheid über einen weiteren «Rahmenkredit zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU» von 1,046 Milliarden Franken mitsamt dem zusätzlichen «Rahmenkredit Migration»

von 190 Mio. Franken ins EU-Paket einzubinden und die Beurteilung der Gesamtlage dem Parlament zu überlassen.

Neue Zahlungen an die EU kommen gemäss Beschluss der Staatspolitischen Kommission (SPK) des Ständerats nur infrage, «falls die EU eine unbefristete Anerkennung der schweizerischen Börsen gewährt und sichtliche Fortschritte in den bilateralen Beziehungen gemacht werden». Durch diese Verknüpfung hat der Bundesrat das Heft nun nicht mehr alleine in der Hand.

Ursprünglich beabsichtigte der Bundesrat, am 10./11. Dezember 2018 in Marokko den heftig umstrittenen UNO-Migrationspakt mit zahllosen angeblich nicht verbindlichen Verpflichtungen zu unterzeichnen. Nun aber beantragen die SPK beider Kammern, darauf sei «abschliessend zu verzichten und die Führungsrolle der Schweiz im weiteren Prozess aufzugeben». Die Unsicherheiten bezüglich der politischen Auswirkungen des Paktes seien nämlich zu gross und darum vorgängig zu klären. Darüber habe das Parlament in

EMMANUEL MACRON'S WIDERSPRÜCHE

Frankreich weist den Weg in eine autoritäre EU als Überstaat

Derzeit spielt sich vor unseren Augen ab, wie der Euroturbo Emmanuel Macron mit autoritären Reformen seine eigene Bevölkerung drangsaliert und sich anschickt, für eine zentralisierte EU zu plädieren – offenbar mit Erfolg, ungeachtet der Verluste im eigenen Land. Da offenbart sich eine bedenkliche Mechanik des Machtausbaus. So kommt es, wenn nicht der Weisheit der Erfahrung und Reife, sondern dem Hype der Jugendlichkeit gehuldigt wird.



Bernhard Im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

Die Widersprüche sind frappant: Da löst ein Emmanuel Macron im eigenen Land mit autoritären Reformen zunehmend Wut und Verzweiflung in der Bevölkerung aus. «Frankreich brennt, Macron begeistert», so titelte auf der Frontseite eine linksliberale Zürcher Tageszeitung – und so schizophren kann Politik sein. Da steht die Wut der Bürger in grosser Zahl in ganz Frankreich als Realität ins Haus, da wird Gewalt gesäht, der Nationalismus gestärkt und zeitgleich redet der Präsident als Euroturbo im Deutschen Bundestag zum Fenster hinaus, redet von der Überwindung des Nationalismus, dessen Geister er selber ruft, und ein Applaus der Euroturbos im Saal wird als Selbstbewehräucherung zelebriert: Ist das ein Realitätsverlust, eine Flucht in den Elfenbeinturm oder – von Medien, die so titeln – ein Beispiel für Manipulation? Vermutlich alles in einem.

EU-Integration auf Kosten des Volkes

Ein junger Präsident namens Emmanuel Macron hat es mit jungen und un-

erfahrenen Parlamentariern der Bewegung «La république en marche» – wohin denn? – geschafft, den Volkszorn heraufzubeschwören, ihn zwar zur Kenntnis zu nehmen, aber gleichzeitig zu ignorieren, weil er nicht ins Schema passt.

Das Schema nennt man Reformen zu Lasten des Volkes und eine stärkere Integration der EU. Konkret heisst das: Auf der einen Seite Steuererhöhungen, um die Staatsfinanzen aufzubessern, damit dies den Euro-Kriterien in Brüssel entspricht, das passiert in Paris; und da ist auf der anderen Seite die Rede von einer EU, an die man mehr Kompetenzen übertragen sollte, das geschieht in Berlin. So gebärdet sich ein Macron als autoritärer Regierungschef, denn er hat ja nicht nur die Präsidentschaft gewonnen – wenn auch genau gesehen weniger als zwanzig Prozent der Wähler wirklich für ihn und nicht für ein kleineres Übel gestimmt haben – sondern auch das Parlament: in diesem finden sich viele unerfahrene junge Abgeordnete, die von Macrons Gnaden da sitzen mit einer ebenso von Macron abhängigen Regierung – und das erlaubt dem Präsidenten ein royales Gehabe, bloss ohne Noblesse. Gleichzeitig verbreitet er – nicht zum ersten Mal – die Vision einer stärker integrierten EU mit mehr Kompetenzen auf Kosten der Mitglied-

staaten. Auch das ist eine autoritäre Vision.

Klima als dogmatische Keule

So sind die höheren Steuern auf Benzin und Diesel in Frankreich die Spitze des Eisberges von Reformen im Rückwärtsgang. Aber gerade darin zeigt sich die Unehrlichkeit: Offiziell wird verkündet, dass die höheren Spritsteuern für Umweltprojekte verwendet werden, damit kann man heute mit Blick auf das Klimaabkommen alles begründen, doch in Wirklichkeit alimentieren gemäss Recherchen renommierter Zeitungen diese höheren Steuern die Staatskasse. Ein nicht so nebensächliches Detail ist, dass sich dahinter auch eine realitätsfremde Aversion zum Auto verbirgt, eine Mobilität, auf die in Frankreich vor allem auf dem Land viele existenziell angewiesen sind: Das war die autoritäre Verfügung der Regierung Macron, auf den Landstrassen das seit Jahrzehnten geltende Temporegime von 90 km auf 80 km herabzusetzen, angesichts der langen über das weite Land führenden Strassen ist das Argument der Sicherheit völlig abwegig, nicht aber die Radarkontrollen, die den Staatsfinanzen zublitzen. Auch da wird das Volk nach dem Gusto des Präsidenten drangsaliert.

Ausbau der Macht – Logik der Verführung

Das ist die Abfolge der Logik, wie sie uns derzeit präsentiert wird: Ein Politiker lässt sich als «jugendlicher» Hoffnungsträger an die Spitze wählen, bringt mit dem Hype der Erneuerung mit Jugendlichkeit eine Legislative in seine Abhängigkeit, gewinnt grosse Macht und fordert mehr Autorität für die EU – mehr mit dem Fernziel eines Bundesstaates nach amerikanischem Vorbild vor Augen, nicht nach dem Bild eines Staatenbundes souveräner Staaten – und lässt sich in Berlin mit solchen Visionen bejubeln. Setzt sich das durch, so könnten sie so aussehen, die macchiavellistischen Techniken eines Weges in autoritäre Vereinigte Staaten von Europa.

Form eines Bundesbeschlusses zu urteilen. Offen ist, ob der Beschluss dem fakultativen Referendum unterstellt werden soll.

Initiative für Bundes-Wohnungen

Am 18. Oktober 2016 hat der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband eine Volksinitiative für «Mehr bezahlbare Wohnungen» eingereicht. Der Verfassungsartikel über die Wohnbau- und Eigentumsförderung sei derart anzupassen, dass dauernd zehn Prozent der jährlich neu erstellten Wohnungen im Eigentum gemeinnütziger Bauträger sein müssten. Dafür müsse der Bund den Rahmenkredit des Fonds de Roulement auf 250 Mio. Franken erhöhen.

Dieses im Widerspruch zum Verständnis des schweizerischen Wohnungsmarkts stehende Ziel beurteilt der Bundesrat als «weder realistisch noch marktkonform» und beantragt dem Parlament deshalb die Ablehnung des Volksbegehrens. Das Ratsgeschäft, das der Nationalrat als erste Kammer behandelt, findet meine besondere Aufmerksamkeit, und zwar nicht nur, weil ich den Hauseigentümerverband Schweiz (HEV) präsidiere. Die vorberatende Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), die mehrheitlich Nein sagt zur Initiative, hat mich beauftragt, das Traktandum als Berichterstatter vor dem Ratsplenum zu erläutern.

Die Position der WAK lässt sich wie folgt zusammenfassen: «Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich entspannt, viele Mietwohnungen stehen leer. Es braucht keine neuen Mittel für den Rahmenkredit des Fonds de Roulement und keine Förderinstrumente wie etwa das Vorkaufsrecht für Kantone und Gemeinden.»

Aus HEV-Sicht wäre es wirkungsvoller, die Rahmenbedingungen für kostengünstigere, privatwirtschaftliche Wohnbauten zu verbessern statt noch mehr Steuergelder in den Wohnungsbau zu investieren. Gemäss Bundesstatistik standen am 1. Juni 2018 trotz der Entspannung der Mietpreise bereits 72'294 Mietwohnungen leer. Sämtliche Einwohner von St. Gallen und Locarno könnten darin untergebracht werden! Ein Überangebot an Wohnungen ist tendenziell gefährlich, weil es zum Preiszerfall auf dem Immobilienmarkt führen kann.

Blick in die Budgetzukunft

Die mehrtägige Debatte beider Kammern zum Voranschlag 2019 lässt viel Widersprüchliches erwarten. Der Bundesrat hat ein Budget mit Einnahmen von 73,6 Milliarden und Ausgaben von 72,3 Milliarden Franken vorgelegt, aus dem sich ein Saldo (Überschuss) von 1,3 Milliarden Franken errechnen lässt. Gründe dafür sind hohe Einnahmen bei der Verrechnungssteuer und Minderausgaben aufgrund der vom Stimmvolk verworfenen Reformen (Unternehmenssteuer III, Altersvorsorge 2020).

Doch bereits für 2020 ist ein strukturelles Defizit von 400 Mio. Franken absehbar. Danach ist für 2021 wieder ein Überschuss von 100 Mio. und für 2022 sogar von einer Milliarde Franken zu erwarten. Der Bundesrat rät deshalb zu Vorsicht: «Der Handlungsspielraum bleibt begrenzt, weitere Reformen und Mehrbelastungen müssen priorisiert werden. Die ausgewiesenen Überschüsse sind zu klein, um sämtliche zur Diskussion stehenden Vorhaben zu realisieren.»

Die Bruttoschulden des Bundes sinken nächstes Jahr um drei auf 96 Milliarden Franken. Bis 2022 ist ein weiterer Schuldenrückgang auf 93 Milliarden Franken oder 12,1 Prozent des Bruttoinlandprodukts absehbar. Zu beherzigen ist angesichts dieser Kennziffern die Empfehlung der nationalrätlichen Finanzkommission: «Es besteht die Gefahr, dass die erwarteten hohen Einnahmen neue Begehrlichkeiten wecken und später zu Schwierigkeiten führen könnten, wenn die Einnahmen wieder tiefer ausfallen.»



Zur direkten Demokratie.

Zur Selbstbestimmung.

www.selbstbestimmungsinitiative.ch

PC-Konto 31-348571

AUS DEM KANTONS RAT

Taxigesetz – gleich lange Spiesse für vergleichbare Angebote

Gleich lange Spiesse für vergleichbare Angebote! Das Taxiwesen hat sich in den letzten Jahren massiv verändert. Vermittlungsdienste aus dem In- und Ausland bieten die gleiche Dienstleistung wie Taxis – Fahrten von A nach B gegen Entgelt – mit Limousinen an. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist es stossend, wenn die eine Fahrt dem Gesetz unterstellt ist, die andere nicht. Deshalb steht die SVP-Fraktion für gleich lange Spiesse für vergleichbare Angebote ein.



Der Kantonsrat hat am 24. Februar 2014 mit 104 zu 59 Stimmen den Regierungsrat beauftragt, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die das Taxigewerbe kantonal regelt. Als Vorteil wurde ins Feld geführt, dass die ungleiche Regulierungsdichte in den Städten und Gemeinden eliminiert werden sollte. Die SVP war dannzumal der Ansicht, eine kantonale Regelung sei nicht nötig. Der Grundsatz, nur ein Gesetz zu machen, wenn es nötig ist, ist ständiger Begleiter unserer Überlegungen bei der Arbeit im Kantonsrat.

Markt hat sich massiv verändert, Regelungsbedarf ist ausgewiesen

Bei den Beratungen in der Kommission für Wirtschaft und Arbeit WAK stellte sich sehr bald heraus, dass ein Regelungsbedarf ausgewiesen ist und eine Kantonalisierung in diesem Bereich Vorteile gegenüber den unzähligen kommunalen Lösungen aufweist. In der Vernehmlassung und in den Hearings ist zum Ausdruck gekommen, dass sich der Markt massiv verändert hat. Berufsmässige Personentransporte von A nach B werden sowohl von Taxis als auch von sogenannten Limousinen mit Chauffeur ausgeführt. Statt mit Handzeichen, Telefon oder Internet, erfolgt die Bestellung für Limousinen meist über eine App. Viele Fahrer sind deshalb für beide «Formen», nämlich als Taxi wie auch als Limousine für Fahrdienste, wie z.B. UBER, unterwegs und erbringen die gleiche Dienstleistung, nämlich einen berufsmässigen Personentransport von A nach B gegen Entgelt. Das hat eine Mehrheit der WAK – zu der auch die SVP-Vertreter gehören – dazu bewogen, ein Gesetz zu erarbeiten, dass der heutigen Situation Rechnung trägt. Für die SVP-Fraktion war von Beginn weg klar, dass das Gesetz so schlank wie möglich sein muss, aber trotzdem die festgestellten Verstösse und Missbräuche so weit als möglich reduziert und verhindert.

Durch was zeichnet sich das Gesetz aus?

- Für vergleichbare Angebote gelten gleiche Regeln.
- Vorgaben im Bereich Taxi werden reduziert.
- Der Markt wird mit der Kantonalisierung geöffnet, es wird mehr Wettbewerb entstehen.

- Das Gesetz verbietet kein bestehendes Angebot, es setzt aber Regeln.
- Es verbietet weder Innovationen noch neue Technologien.
- Mitfahrgelegenheiten – sogenannte Sharing-Angebote, Behindertentransporte etc. sind ausgenommen.
- Plakette und Registrierungspflicht von Vermittlungsdiensten, Fahrern und Fahrzeugen erleichtern die Arbeit der Kontrollorgane.
- Die Plakette ist zudem ein Qualitätsmerkmal und gibt den Kunden Sicherheit z.B. in Bezug auf den Versicherungsschutz.
- Missbräuche wie z. B. Schwarzarbeit sollen präventiv verhindert und bekämpft werden.
- Es ist ein liberales und schlankes Gesetz.

Bundesregelung, die geradezu zum Missbrauch einlädt

Eine Bundesregelung sagt, dass erst Fahrten als berufsmässig gelten, wenn sie innerhalb von 16 Tagen mindestens zweimal durchgeführt werden.

Diese Regelung wird von Fahrdiensten genutzt, um nicht berufsmässige Chauffeure anzuwerben, um für Sie Transporte zu Dumpingpreisen auszuführen. Meist sind das Personen, die hauptberuflich eine andere Tätigkeit ausüben und am Abend und Wochenende Personentransporte – zum Teil noch mit Firmenwagen – ausführen. Diese Fahrer verfügen weder über eine Bewilligung zum berufsmässigen Personentransport noch über ein Fahrzeug, das entsprechend – z. B. mit Fahrtenschreiber – ausgerüstet ist. Bei Kontrollen behaupten die Fahrer dann, die Passagiere seien Kollegen oder sie hätten erst eine Fahrt innerhalb der letzten 16 Tage ausgeführt.

Über 600 Verzeigungen seit 2015, alleine im Kanton Zürich zeigen, dass das Missbrauchspotenzial in diesem Bereich hoch ist. Die Kontrollen und vor allem den Beweis zu führen, dass gegen das Bundesgesetz verstossen wurde, ist für die Sicherheitsorgane sehr schwierig. UBER hat auf Druck hin, sein Angebot UBER Pop vom Markt genommen. Andere Anbieter können jedoch jederzeit versucht sein, das Modell zu kopieren, wenn sie es nicht schon tun.

Kantonalisierung ist unbestritten

In der Praxis heisst das, nicht berufsmässige Fahrer konkurrenzieren berufsmässig tätige Fahrer mit Dumpingpreisen. Kein Kunststück, wenn man gesetzliche Vorgaben betreffend Fahrer-ausbildung und Ausrüstung der Fahrzeuge nicht erfüllt und zudem meist keine Sozialabgaben bezahlt und die

Einnahmen nicht versteuert. Dies nennt man Schwarzarbeit. In der Debatte am Montag zeigte es sich in der Eintretensdebatte bald, dass alle Fraktionen eine Kantonalisierung begrüssen.

Registrierung von Vermittlungsdiensten und Plakette für Limousinen

Dieser Punkt liess die Wogen in der Debatte hochgehen. Man währnte sich im grössten Glaubenskrieg. Selten wurde in einer Debatte so viel Falsches behauptet. SVP-Kantonsrat René Isler, der beruflich bei der Stadtpolizei Winterthur tätig ist, konnte viele Behauptungen widerlegen. Er kennt die heutigen Probleme aus der Praxis. Er stellte den Mehrheitsanträgen ein gutes Zeugnis aus. Damit liesse sich seiner Meinung nach wieder mehr Ordnung herstellen.

- Was hat die SVP-Fraktion bewogen, eine niederschwellige Massnahme für den gesamten Bereich zu unterstützen?
- Die SVP ist die Partei, die sich für Recht und Ordnung einsetzt.
 - Schwarzarbeit und Missbrauch gilt es, präventiv an der Wurzel anzugehen und zu verhindern.
 - Es darf nicht sein, dass traditionelle Anbieter Abgaben und Steuern bezahlen und sogenannte innovative Anbieter nicht. Unser Ziel ist, möglichst tiefe Abgaben und Steuern für alle!
 - Wir sind für gleiche Regeln für vergleichbare Dienstleistungen und Angebote!

Zwei Beispiele: Das Fernmeldegesetz hat ja auch nicht nur Gültigkeit für die Festnetztelefonie, sondern auch für die neuere und modernere Mobilfunktelefonie. Beispiel zwei: Es kommt ja auch niemandem in den Sinn, das Lebensmittelgesetz nur für gutbürgerliche, traditionelle Restaurants anzu-

WIE KANN MAN DIE REGULIERUNGSWUT STOPPEN?

Für unser Gewerbe – Selbstbestimmung erhalten

In den letzten 20 Jahren produzierte der Bund gemäss eigenen Angaben insgesamt 112 889 Seiten mit neuen Gesetzestexten. Das sind pro Tag über 15 Seiten mit neuen Regulierungen, Vorschriften und Auflagen. Tendenz steigend. Diese Überregulierung schränkt nicht nur die unternehmerische Freiheit ein, sie kostet auch viel Geld.



Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) schätzt allein die Kosten der Vorschriften zur Bauregulierung auf 1,6 Milliarden Franken pro Jahr. Das Umweltrecht belastet uns mit 1,8, die Auflagen für die Arbeitssicherheit mit 1,2 und die Lebensmittelhygiene mit 1,3 Milliarden Franken pro Jahr. Was das für unsere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bedeutet, erleben wir täglich: Mehr administrativer Aufwand, weniger Flexibilität und dadurch eben wieder: steigende Kosten. Dass diese KMU in der Schweiz zwei Drittel aller Arbeitsplätze stellen und 70 Prozent der Lernenden ausbilden, müsste Grund genug sein, den Ernst der Lage endlich zu erkennen.

Ein grosser Teil dieser Regulierungen leitet sich von internationalem Recht ab. Wenn ein neuer Vertrag abgeschlos-

sen wird, sollen wir in der Schweiz automatisch alle neuen Auflagen übernehmen. Unsere direkte Demokratie garantiert uns bis heute noch das Recht zur Intervention. Dieses Recht wird aber immer mehr infrage gestellt. Es könnte Prozesse hinterfragen, verlangsamten oder gar verhindern. Das ist für einige unbequem und zeigt, dass unser Volk nicht einfach alles schluckt, was von oben oder von aussen präsentiert wird.

Wohlüberlegte Beschlüsse

Ist es nicht genau diese Staatsform der direkten Demokratie, die uns bis heute geholfen hat? Unsere Beschlüsse waren immer wohl überlegt und breit abgestützt, getragen von Volksentscheiden. Diese Entscheide wurden respektiert und sind Teil unseres Erfolgs und unseres Wohlstands.

Die Selbstbestimmungsinitiative will weder eine Isolation noch die Aufhebung aller internationalen Verträge. Sie will nichts anderes, als genau diese für uns elementaren Rechte der direkten Demokratie erhalten. Wer weiter mitbestimmen möchte, stimmt am 25. November «Ja»!

Liberal und sehr niederschwellig

Die grosse Mehrheit des Kantonsrates hat einer Kantonalisierung des Taxiwesens und der Registrierungspflicht für sog. Limousinen am Montag im Grundsatz zugestimmt. Die Detailberatung wird am 3. Dezember fortgesetzt. Die Mehrheitsanträge bilden eine gute Grundlage für eine Regelung des berufsmässigen Personentransports in unserem Kanton. Es ist eine liberale und sehr niederschwellige Regelung. Ich bin überzeugt, dass andere Kantone diese bald übernehmen werden!

INSERAT

Kandidatentagung zum Parteiprogramm

Samstag, 15. Dezember 2018, Restaurant Rössli, Illnau, Kempttalstrasse 52

An der Kandidatentagung wird das neue Parteiprogramm 2019-2023 vorgestellt. Mit den Positionen und Forderungen im neuen Programm bekommen die Kandidierenden ihre politische Agenda. Weiter sind an der Tagung Informationen über den geplanten Wahlkampf, die Arbeit im Kantonsrat und auf den Parteisekretariaten vorgesehen.

Programm

08.30 Uhr	Eintreffen, Kaffee und Gipfeli	
09.00 Uhr	Begrüssung und Einleitung	KR Konrad Langhart, Präsident
09.10 Uhr	Das neue Parteiprogramm 2019-2023	a.NR Christoph Mörgeli, Präsident Programmkommission
09:45 Uhr	Fragen, anschliessend Pause	
10.30 Uhr	Die Arbeit der SVP im Zürcher Kantonsrat	KR Martin Hübscher, Fraktionspräsident
10:45 Uhr	Das Generalsekretariat als Dienstleister der Partei	Emanuel Waeber, Generalsekretär SVP Schweiz
11.05 Uhr	Der Wahlkampf ist lanciert	NR Alfred Heer, Präsident Wahlkommission
11.20 Uhr	Mit diesen Mitteln wird der Wahlkampf bestritten	KR Roland Scheck, Parteisekretär
11.40 Uhr	Schlusswort	Konrad Langhart, Präsident
12.00 Uhr	Ende der Veranstaltung	

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Kandidatentagung vom 15. Dezember 2018

- ☐ Ich melde mich für die Kandidatentagung an.
☐ Wir melden uns für die Kandidatentagung an: ____ Anzahl Personen.

Name: _____ Vorname: _____
Strasse: _____ PLZ, Ort: _____
Telefon: _____ E-Mail: _____

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Fortsetzung von Seite 1

üben eine günstige und effiziente Kontrollfunktion aus, diese Milizbehörde hat sich bewährt. Eine Milizbehörde setzt der Anspruchsmentalität eher Grenzen als die Verwaltung. Und dient der Transparenz, die eigentlich ein linkes Kernanliegen ist. Bei den Geldströmen an die Sozialindustrie ist es offenbar nicht mehr so wichtig.

SVP für Beibehaltung der bisherigen Regelung

Eine Sozialhilfe-Fallführung, die ausschliesslich in der Kompetenz der Verwaltung liegt, leistet der Automatisierung, der Bürokratisierung und der fehlenden Kontrolle Vorschub. Wichtig ist, dass die Gemeinden und ihre demokratisch gewählten Akteure etwas bewirken können. Immer häufiger wird die mangelnde Bereitschaft der Bürger,

sich fürs Gemeinwesen zu engagieren, beklagt. Das mag auch damit zusammenhängen, dass immer mehr Vorschriften von Bund und Kanton diktiert werden und kein Spielraum für die Gemeinden verbleibt. §§ 10 und 11 sind nochmals solche einschneidenden Vorschriften. Sie widersprechen dem Prinzip der Gemeindeautonomie. Beschränkt sich die Mitgliedschaft in einer Sozialbehörde nur noch das Philosophieren über die Sozialkosten und verschwindet jegliche Entscheidungsbefugnis, leistet dies dieser mangelnden Bereitschaft der Bürger zusätzlich Vorschub. Das Amt der Sozialbehörde war im Übrigen auch ein individueller Anreiz, die Miliztätigkeit zu fördern; manch ein Gemeinderat hat seine politische Karriere als Mitglied der Sozialbehörde begonnen. Darum ist die Beibehaltung der bisherigen Regelung für die SVP von grosser Tragweite.

«SVP BI DE LÜT» IN WETTSWIL

Nationalrat Walliser: Teure Steuer- und AHV-Reform für die KMUs

Es ging zwar nicht um die Selbstbestimmungsinitiative, aber die im Parlament verabschiedete Revision der Steuer- und AHV-Gesetze sind ein Paradebeispiel dafür, dass die Schweiz nicht mehr selbstständig entscheiden kann oder will, sondern nur noch die Befehle aus der OECD bzw. der EU ausführt. Leidtragende sind nicht die Weltkonzerne und die Staatsangestellten, sondern der Mittelstand und die KMU, die einmal mehr zur Kasse gebeten werden.

Weil die Steuern für Schweizer Unternehmen gesenkt, für ausländische, bisher steuerlich privilegierte Unternehmen angehoben werden, dann kann man diese Steuerausfälle nicht mit weiteren 2 Mrd. Ausgaben für die AHV kompensieren. Irgendjemand muss diese 2 Mrd. letztendlich doch in die Bundeskasse bzw. in den AHV-Fonds einzahlen.

Vorlage geht nicht auf

Dieser irgendjemand sind die Schweizer KMU, die 1,1 Mrd. Franken in Form von höheren AHV-Beiträgen leisten müssen. Dazu kommen weitere 0,9 Mrd. aus Steuereinnahmen. Es verwundert nicht, dass SVP-Nationalrat Bruno Walliser, ein Kaminfegermeister mit 10 Angestellten, die Rechnung auch für sein KMU-Unternehmen gemacht hat und zum Schluss kommt, dass diese Vorlage ihm und seinen Angestellten ausser neuen Abgaben nichts bringt.

Er kann mit seinem Unternehmen nicht ins Ausland gehen, falls die Abgabenlast in der Schweiz zu stark ansteigt. Briefkastenfirmen ohne oder mit nur wenigen Mitarbeitern werden hingegen von den erhöhten AHV-Bei-

trägen nicht oder kaum betroffen, denn diese werden ja aufgrund der Beschäftigtenzahl erhoben. Sie steigen von 8,4 auf 8,7 Lohnprozente. Die Vorlage kostet nicht nur, sie birgt auch das Risiko, dass gegen die steuerlichen Anpassungen im Kanton Zürich das Referendum ergriffen und die Vorlage abgelehnt wird. Dann bleiben zwar die höheren Abgaben für die AHV, aber die Steuersenkungen bleiben vorderhand

aus. Am meisten ärgerte Bruno Walliser aber die Tatsache, dass eine echte Revision der AHV einmal mehr auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben wurde. Die neu beschlossenen Finanzeinnahmen der AHV reichen höchstens drei Jahre aus, dann stellt sich die Frage nach dem Rentenalter der Frauen etc. erneut. Spätestens in drei Jahren muss auch die Sanierung der IV erneut diskutiert werden, denn die Spezialisten



Standen an der Veranstaltung in Wettswil im Mittelpunkt: Marc Bochsler, Bruno Walliser und Hans Kaufmann. (von links)

SVP STÄFA

Die SVP mit Grossaufgebot der Politikprominenz an der Stäfner EXPO

Die Stäfner EXPO ist eine grosse Gewerbeschau, die jeweils mehrere zehntausend Besucher anzieht und nur alle fünf Jahre stattfindet. OK-Präsident Kurt Zollinger (SVP) und seinem Team gelang auch dieses Jahr eine hervorragende Messeschau, an der sich über 130 Aussteller aus Gewerbe, Sport und Politik präsentieren konnten.

Logisch war auch die SVP Stäfa unter Standchef Martin Clement an diesem Grossanlass vertreten, und wie! Gut zwei Dutzend National-, Regierungs- und Kantonsräte, unter ihnen, neben vielen anderen sogar auch SVP-Präsident Albert Rösti und Kantonalpräsident Konrad Langhart, liessen es sich nicht nehmen, sich mit den vielen Stand-Besuchern auszutauschen oder mit einem Glas Stäfner Wein anzustossen. Im Vorfeld der kommenden Wahlen kam neben dem abtretenden Regierungsrat Markus Kägi natürlich auch die SVP-Regierungsrats-Kandidatin Na-

talie Rickli nach Stäfa. Sie war wohl diejenige, die sich an der Stäfner EXPO am allermeisten für unzählige Selfies hinstellen musste und dies wie gewohnt auf ihre sympathische Art auch gerne tat. Neben dem SVP-Stand war gleich derjenige der FDP. Und wie es sich unter bürgerlichen Partnern so gehört, half man sich mit Kaffee, Wein und vielem anderem aus.

Im Vorfeld der Wahlen setzte der Stäfner FDP-Gemeindepräsident Christian Haltner ein Zeichen zur bürgerlichen Geschlossenheit und trug sich ins Unterstützungskomitee von Nata-

lie Rickli ein. Ein weiterer Höhepunkt war die Buchpräsentation und Signierstunde von Nationalrat Toni Brunners neu erschienenem Buchs. Toni Brunner kam nicht nur in Begleitung seiner Partnerin nach Stäfa, er nahm auch gleich den Buchautor und die Chefin des Verlags mit und signierte Dutzende von Büchern mit seinem Sünneli. Es bleibt zu hoffen, dass sich viele der unzähligen Besucher auch bei den Wahlen an den sympathischen Auftritt der SVP erinnern.

Peter Frey, SVP Stäfa



Hans Hoffmann mit Natalie Rickli und Markus Kägi.



Peter Frey mit Toni Brunner und OK Präsident Kurt Zollinger.



Die Stadtzürcher Nationalräte Mauro Tuena und Alfred Heer.

LESERBRIEF

Die Mogelpackung der SVP?

Im Zusammenhang mit der Selbstbestimmungsinitiative kommen da eine ganze Menge Unterstellungen aus dem Hause NZZ an die Adresse der SVP. Die Journalistin Kathrin Alder, NZZ vom 8. November 2018, schlägt mit Begriffen wie «heuchlerisch, Mogelpackung, diffusen Verlustängsten, die Mehrheit kann sich irren» um sich, als hätte sie die Weisheit zu dieser Initiative mit Löffeln gegessen. Sie hat eben die Weisheit nicht mit Löffeln gegessen und darum kommt der Artikel sehr einseitig daher. Einseitig, weil die Journalistin – wie übrigens Bundesrätin Sommaruga – gern am Initiativtext vorbei-

redet, viel interpretiert und Ausnahmen oder Spitzfindigkeiten in den Mittelpunkt stellt.

Vielmehr soll doch der Bürger aufgeklärt werden, dass der Ursprung der Selbstbestimmungsinitiative auf einen Bundesgerichtsentscheid im Jahre 2012 zurückgeht, der quasi mit einem Federstrich internationales Recht über die Schweizerische Bundesverfassung stellte. Der Grund war, dass ein Ausländer – der nach schweizerischem Rechtsverständnis keine Aufenthaltsrechte mehr besass – aufgrund europäischem Recht bleiben durfte. Es ist verrückt, im Namen der Menschenrechte

die Schweizer Bürger zu entrechten. Mit der Initiative soll erreicht werden, dass das Volk wieder das letzte Wort hat. Ich denke da wie erwähnt an das Bundesgericht, das sich über die Verfassung hinwegsetzt, an das Parlament, das Volksentscheide nicht umsetzt, und an den Bundesrat, der ungefragt EU-Recht übernehmen will und zudem in den Startlöchern ist, das UNO-Migrationspaket am Volk vorbei, abzuschliessen. Viele Bürger sagen an dieser Stelle deutlich: So nicht! Noch sind wir eine Demokratie.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

des Bundes haben sich einmal mehr verrechnet. Eigentlich müsste die Sanierung der Invalidenversicherung heute weitgehend abgeschlossen sein, aber der an der Veranstaltung in Wettswil ebenfalls anwesende Sozialversicherungsexperte der SVP, alt Nationalrat Toni Bortoluzzi stellte fest, dass die Schulden der IV immer noch 10 Mrd. Franken betragen. Nationalrat Wallisers Präsentation überzeugte derart, dass die aufgelegten Unterschriftenbögen gegen die Steuervorlage 17 am Schluss der Veranstaltung rege genutzt wurden.

Auftakt zum Kantonsratswahlkampf

Die Veranstaltung mit Nationalrat Bruno Walliser wurde von der SVP Wettswil auch als Auftakt zum Wahlkampf ihres lokalen Kantonsratskandidaten Marc Bochsler genutzt, der sich mit einem klaren Bekenntnis zur Selbstbestimmungsinitiative profilierte. Der 36-jährige Unternehmer und Treuhänder hat realistische Chancen, nach vielen Jahren wieder einmal Wettswil im Kantonsrat zu vertreten.

Hans Kaufmann, alt Nationalrat, Wettswil

SVP BEZIRK WINTERTHUR

Roger Köppls überzeugende Erklärung

Die SVP des Bezirks Winterthur lud am letzten Sonntagmorgen zum Podium über die Selbstbestimmungsinitiative in den Engelburgsaal in Rikon ein. SVP-Nationalrat Roger Köppel debattierte mit Philipp Eng, Präsident der Jungfreisinnigen des Kantons Solothurn.

Philipp Eng war für Daniel Jositsch (Ständerat, SP) eingesprungen, der leider kurzfristig abgesagt hatte. Als Moderator war Jakob Bächtold, stellvertretender Chefredaktor des «Landboten», im Einsatz. Trotz des späten Datums ist es ihnen gelungen, rund 100 Personen im Gemeindesaal zu begrüßen. Nach den einleitenden Worten von Monika Brühwiler, Vize Präsidentin Bezirk Winterthur und Kantonsratskandidatin, sowie der Vorstellung der anderen Kandidatinnen und Kandidaten des Bezirks, horchte das Publikum der Debatte. Köppls rhetorisch gewandten Aussagen sorgten während der rund 75-minütigen Diskussion jedenfalls mehrmals für Applaus und zustimmende Lacher. Der Höhepunkt des Podiums war sicher, wie Roger Köppel die SBI, seinen Kindern erklärte: «Ich habe alle drei auf ein Bett gesetzt und liess darüber abstimmen,

ob in diesem Haus Videospiele erlaubt sein sollen. Ich stimmte mit Nein und meine drei Kinder natürlich mit Ja. Die Kinder jubelten und freuten sich, dass sie gewonnen hatten. Dann habe ich ihnen erklärt, dass im Nachbarhaus Videospiele verboten sind und dieses Verbot nun auch für unser Haus gilt. Da haben meine Kinder natürlich sofort gesagt, das sei ungerecht. Und ich sagte zu ihnen: Seht ihr, deshalb ist Selbstbestimmung so wichtig und dass wir diese bei uns erhalten.» Anschliessend an das Podium konnte bei Kaffee und Gipfeli mit den anwesenden Kantonsratskandidatinnen und Kandidaten des Bezirks Winterthur Land sowie den Podiumsteilnehmern weiter diskutiert werden.

Monika Brühwiler, Vize-Präsidentin SVP Bezirk Winterthur und Kantonsratskandidatin



Roger Köppel mit Jakob Bächtold vom Landboten und dem Jungfreisinnigen Philipp Eng.

Foto: Tösstaler, Manuela Kägi

SVP USTER AUF DER STRASSE

Voller Einsatz bei den Standaktionen in Uster

An den Samstagen vom 3. und 10. November 2018 organisierte die SVP Uster jeweils eine Standaktion für die Selbstbestimmungsinitiative und für das Referendum zum Sozialhilfegesetz.

svp. Dem bereits sehr herbstlichen Wetter trotzte eine Gruppe SVP-Mitglieder aus Uster. Die Reaktionen der Angesprochenen waren vielfältig – von positiv bis nicht wertschätzend negativ.

Niemand liess sich entmutigen und hat erst recht weitergeworben. Herzlichen Dank allen Beteiligten für den jeweils dreistündigen Einsatz für eine selbstbestimmte und unabhängige Schweiz.



100 JAHRE GENERALSTREIK (TEIL 2)

Treu sein zur Selbstbestimmung

In seiner vielbeachteten Rede in Uster gedachte alt Bundesrat Christoph Blocher der Ereignisse des Generalstreiks von 1918. Die bürgerliche Schweiz hat uns das Land vor schwersten Anfechtungen von links frei und unversehrt bewahrt.

Ab dem 11. November 1918 folgen dem Streikaufruf des Oltener Aktionskomitees gegen 200 000 Arbeiter, vor allem in den Industriestädten des Mittelandes.

Stadt Zürich als gefährlichstes Pflaster

Etwa 100 000 Soldaten sind aufgeboten (der grösste Teil allerdings nur für die Bereitschaft) – dies bei einem Armeegesamtbestand von 300 000 Mann. Für viele Bürgerinnen und Bürger wirkt das militärische Aufgebot ausserordentlich beruhigend und wird warm empfangen. Die Hilfsbereitschaft von Frauen und Männern ist gross. Das gefährlichste Pflaster bildet die Stadt Zürich, weil dort besonders militante Führer agieren. Die Stadtpolizei Zürich umfasst nur 350 Mann, von denen wegen der Grippe nur 100 einsatzfähig sind. Die Kantonspolizei Zürich hat 204 Mann und auch erhebliche Grippe-Lücken. Dass da ein Ordnungsdienst nicht ohne Militär funktionieren kann, ist selbstverständlich.

Erstmals schweigen an diesem Tag – dem 11. November – in Europa die Waffen. Der Erste Weltkrieg ist zu Ende. In der Zentralschweiz, in der Romandie und im Tessin hat der Generalstreik keine grosse Wirkung. Die französische und italienische Schweiz freut sich über den Sieg der Entente-Mächte und beurteilt die Streikführer als deutschfreundlich.

Weil die Drucker in Zürich alle Zeitungen ausser das SP-Blatt «Volksrecht» bestreiken, geben die Bürgerlichen statt der NZZ notfallmässig mit Arbeitswilligen Sonderausgaben mit dem Titel «Bürgerliche Presse Zürichs» heraus. Studenten verkaufen die Zeitung, der Erlös geht an die Grippekranke. Alle eidgenössischen und kantonalen Beamten werden dem Militärgesetz unterstellt und bei Strafandrohung aufgefordert, zur Arbeit zu erscheinen. Die Zentralstelle der sozialistischen Soldatenorganisationen der Schweiz wendet sich so an die militärpflichtigen Arbeiter:

«Nicht reformieren wollen wir das heutige verfaulte System, sondern beiseitigen! Die Zürcher Arbeiterunion schreibt wörtlich:

«Wir legen die Kundgebung als Absicht aus, einen bewaffneten Bürgerkrieg herbeizuführen. Wir geben Ihnen Kenntnis, dass die Auffassung der Arbeiterunion dahin geht, den jetzigen Kampf nicht als beendet zu erklären, auch dann nicht, wenn Hunderte von Leichen die Strassen der Stadt Zürich bedecken sollten.»

Und da fragt heute ein junger SP-Nationalrat in einem offiziellen Vorstoss: «Ist der Bundesrat bereit, sich für die unrechtmässigen Armee-Einsätze im Umfeld und während des Landesstreiks offiziell zu entschuldigen?»

Bundesrat duldet keinen Umsturz

Der Bundesrat aber wendet sich an die Bevölkerung mit der Botschaft, er dulde zur Durchsetzung der sozialen Reformen keinen Umsturz. An die Soldaten geht der Aufruf, sie sollten nicht all die Jahre ihres Grenzschutzes wertlos machen, sondern die Schweiz auch «in dieser Stunde der inneren Krisis durch Eure feste Entschiedenheit und Eure mutige Entschlossenheit retten helfen. Gott schütze das Vaterland!»

Der 12. November 1918 ist der zweite Streiktag. In vielen Betrieben der Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung wird dennoch gearbeitet. Weil die Pöstler streiken, tragen Studenten die Post aus. Auch der Zugverkehr funktioniert eingeschränkt mit arbeitswilligem Personal weiter – Soldaten bewachen die sogenannten Streikbrecher. Freiwillige melden sich für Bürgerwehren, auch um die grippegeschwächten Ordnungsdienst-Truppen zu ergänzen. General Wille ist aus

grundsätzlichen Gründen gegen bewaffnete Bürgerwehren, weil daraus ein Bürgerkrieg entstehen könne. Er legt dagegen grössten Wert darauf, dass der Schienenverkehr aufrechterhalten bleibt.

Ausserordentliche Session

Am Mittag des 12. November beginnt eine ausserordentliche Session im gut bewachten Bundeshaus, wobei viele Parlamentarier wegen des unregelmässigen Bahnverkehrs zu spät eintreffen. Streikführer Robert Grimm glaubt in diesen Tagen an die Möglichkeit eines Umsturzes und hat gegenüber der Demokratie keine Skrupel. Sogar ein enger politischer Mitstreiter – der spätere Berner SP-Nationalrat und Wirtschaftsprofessor Fritz Marbach – ist der Ansicht, Grimm sei damals «während eines kurzen Intervalls der Illusion vom international begonnenen Endkampf erlegen».

Grimm scheint nicht zu würdigen, dass man die Verhältnisse im zaristischen Russland nicht mit der direkten Demokratie der Schweiz vergleichen kann, in der auch jeder Arbeiter und

bei Bedarf natürlich auch vernichten. Aus diplomatischen Gründen verbietet das Aussendepartement den späteren Untersuchungsbehörden auch den Zugang zu den zurückgelassenen Akten im sowjetischen Botschaftsgebäude in Bern. Vielleicht auch darum sind direkte Kontakte zwischen der Streikleitung und der Sowjetunion nicht nachweisbar. Sicher und unbestritten ist, dass die Sowjetmission eine rege Propagandatätigkeit in der Schweiz entfaltet hat.

Die SP nach dem Streikabbruch

Das Zürcher SP-Organ «Volksrecht» aber schreibt an diesem 12. November 1918: «Aus der russischen und deutschen wird die europäische Revolution entstehen. Darum vermag keine Macht der Welt mehr die grosse politische Umwälzung, in der wir auch in der Schweiz stehen, zu hemmen oder aufzuhalten. Es sind grosse Tage, die wir erleben.»

Es gibt im linken Lager durchaus Elemente, die auf Gewalt und Terror setzten. Der spätere Bundesanwalt Werner Lüthi schreibt in seiner Dissertation in genauer Kenntnis der Akten über



Das bewachte Bundeshaus.

jeder Sozialist eine Stimme hat. In der Parlamentsdebatte äussert sich Grimm im Ton einer eigentlichen Gegenregie-

rung: «Je reaktionärer sie Beschlüsse fassen, je mehr sie die absolute Gewalt, die Sie haben und die im Widerspruch steht mit der Auffassung des Volkes, ausüben, desto besser für die weitere Entwicklung. Wir wollen Klarheit haben. Sie gehören einer alten Welt an, wir der neuen. Ihnen gehört die Vergangenheit, uns die Zukunft. Eine unüberbrückbare Kluft trennt uns.»

Nun tritt ihm aber Fritz Bopp aus Bülach entgegen, ein Bauer, der sich autodidaktisch zum Redaktor und Gerichtspräsidenten weitergebildet hat, Mitgründer der Zürcher Bauernpartei, der späteren SVP. Bopp sagte hellstichtig, «dass der Aufruf zur Revolutionsfeier für den einjährigen Bestand des bolschewistischen Staates an sich schon Grund zu Vorsichtsmassnahmen» gebildet habe. Wer die bolschewistische Sowjetunion einigermassen kenne, komme zum Schluss, dass «diese sogenannte Staatsordnung in unverträglichem Widerspruch» zu den schweizerischen Verhältnissen stünde, «wenn wir eine demokratische Republik bleiben wollen».

Und Fritz Bopp ruft in den Saal: «Sollen wir nachgeben? Ich sage nein, niemals! Lieber unter dieser Kuppel sich begraben lassen, wenn sie eine rote Fahne aufpflanzen wollen, ehe wir weichen! [...] Wenn wir heute kapitulieren, so haben wir für alle Zeiten kapituliert.»

Rege Propagandatätigkeit der Sowjetunion

Die diplomatische Mission der Sowjetunion in Bundesbern wird ausgewiesen und mit Dragonerbegleitung eskortiert. Sie steht im dringenden Verdacht, gegen die Schweiz gewühlt, Spitzel bezahlt und mit manchen Streikführern in Kontakt gestanden zu haben. Doch die Sache wird diplomatisch geregelt: Die Russen dürfen nach freiem Ermessen auch ihre Akten ausführen – und

drei jungen Uhrmachern durch Kugeln von Waadtländer Soldaten.

Das «Volksrecht» als offizielles Organ der Zürcher SP bleibt auf dem revolutionären Kurs und schreibt nach dem Streik:

«Hell glänzt eine Sonne über Russlands Fluren; sie heisst die sozialistische Republik. Schon leuchtet sie nach Deutschland hinein; bald wird ihr Licht über Frankreich, Italien und andern Ländern stehen. Dann fällt noch ein anderer fauler Baum, geheissen schweizerische Demokratie.»

Tief beeindruckt haben mich die Erzählungen meines Vaters, der 1918 in Basel die Rekrutenschule absolviert hat. Er sprach oft über die grassierende Grippe und die düstere Stimmung. Fast ununterbrochen seien militärische Trauergeleite unter Trauermarsch durch die Strassen marschiert. 60 Prozent der Verstorbenen sind zwischen 20 und 40 Jahre alt. In meiner Nachbarschaft in Herrliberg lebt eine Bauernfamilie. Ein Vorfahre des heutigen Hofbesitzers stirbt im November 1918 an der Grippe. Der junge Ehemann hinterlässt einen Sohn. Er war laut «Zürichsee-Zeitung» «ein Muster eines arbeitsamen, friedfertigen Bauernsohnes, der erst kürzlich seinen Ehestand gegründet hatte». Doch nicht genug: Nur fünf Tage später fällt auch seine Schwester der Grippe zum Opfer. Die Zeitung schreibt: «Bruder und Schwester liegen nun Seite an Seite friedlich in der kühlen Gruft». Ich bitte Sie, den vielen, vielen tausend Frauen, Männern und Kinder, Zivilisten und Soldaten, die vor hundert Jahren der Grippe zum Opfer gefallen sind, stehend zu gedenken. Ich danke Ihnen.

Geschichtsklitterung

1968, danach und besonders in diesem Jahr ist es Mode geworden, den Generalstreik nur als Folge der Not und als Anlass für völlig gerechtfertigte, friedliche Forderung nach sozialen Reformen darzustellen. Es sei vor allem um Arbeitszeitverkürzung, Frauenstimmrecht, Proporzwahl, AHV usw. gegangen. Verschwiegen wird der unbestreitbar nachgewiesene Schlachtruf der Streikführer.

Der langjährige NZZ-Chefredaktor Willy Bretscher war überzeugt, dass das Oltener Aktionskomitee sein Forderungsprogramm nur als Täuschungsmanöver benutzt habe, um möglichst viele Anhänger zu gewinnen und «der revolutionären Bewegung eine unverfänglichere Etikette» umzuhängen. Heutige Historiker – urteilte Bretscher schon damals – könnten die Ereignisse des Generalstreiks nur ungenügend aufarbeiten, weil sie «den heissen Atem» des Ereignisses nicht gespürt hätten.

Linke Historiker

Das gilt heute wegen der stark links geprägten Geisteswissenschaften in noch ausgeprägterer Weise. Man staunt über so viel einseitige Darstellung. Krankhaft versucht man folgendes Bild zu malen:

1918 habe ein Generalstreik soziale Reformen verlangt. Und dieser Streik sei grausam mit Waffengewalt niedergestreckt worden. Bundesratspräsident Berset darf bei der Ausstellung im Landesmuseum – von uns Steuerzahlern berappt – behaupten, die Proporzwahlen des Nationalrates seien die Folge des Streikes gewesen, dabei ist der Proporz bereits am 24. Oktober 1918 – also vor dem Streik – durch das Schweizer Volk demokratisch beschlossen worden.

Unter dieser Geschichtsfälschung ist auch die sehr einseitige Ausstellung im Landesmuseum zu sehen: Im Mittelpunkt steht ein Maschinengewehr und nicht etwa die schriftliche festgehaltene Strategie und die Absichten der Streikführer zum revolutionären Umsturz in der Schweiz!

Damit soll in bösartiger und niederträchtiger Weise der Eindruck erweckt werden, dass man in der Schweiz Soldaten aufbiete, um eine Kundgebung



Geschichtsfälschung: Das Maschinengewehr im Landesmuseum ist ein Beispiel einer einseitigen Ausstellung.

für Arbeitszeitenverkürzung niederzuschlagen. Dass gerade dank dem unterschiedenen Militär Bürgerkrieg und Blutvergiessen verhindert worden sind, wird ausgeklammert.

Jeder in diesem Land weiss, dass gegen harmlose Demonstranten, die für solche Forderungen auf die Strasse gehen, in der Schweiz nie die Armee aufgeboten wurde.

Auftrag der Schweizer Armee

Das hindert die Ausstellung im Landesmuseum nicht, als herausstechendes Merkmal ein Maschinengewehr ins Zentrum zu stellen, d.h. ein Werkzeug, um den Ordnungsdienst aufrechtzuerhalten. Diesem Werkzeug werden die angeblich gerechtfertigten sozialen Anliegen gegenübergestellt. Wessen Geistes Kind diese angeblich hochgebildeten Geisteswissenschaftler sind, belegte mir kürzlich ein Votum des – selbstverständlich mit Auszeichnung – emeritierten Geschichtspräsidenten Jakob Tanner, der belehrend analysierte:

Die Schweiz sei im Zweiten Weltkrieg nicht wegen der Armee bewahrt worden. Sondern man habe die Schweiz ganz einfach nicht angegriffen. Sonst wäre es ganz anders herausgekommen. Ich schüttelte verzweifelt den Kopf über so viel Naivität! Hat der Herr Professor noch nie etwas vom Auftrag der Schweizer Armee gehört? Aber vielleicht ist er ja ein Armeegegner oder gar ein Dienstverweigerer, sodass er das alles nicht wissen will. Jeder Soldat der Schweizer Armee weiss schon in der Rekrutenschule, dass die Armee das letzte Mittel der Prävention ist. Sie soll dafür sorgen, dass die Schweiz nicht angegriffen wird.

Der Eintrittspreis für den Gegner muss zu hoch sein. Der Angreifer muss wissen, dass selbst im Falle eines durch einen Krieg erzielten Sieges Schaden und Opfer für ihn so hoch ist, dass es sich nicht lohnt! Dies hat die Schweiz in zwei der furchtbarsten Kriege – dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg – bewiesen. Und dieser Strategie liegt im Zweiten Weltkrieg das Reduit zugrunde.

Die Schweiz als Friedensinsel

Die bürgerliche, demokratische Schweiz hat 1918 die schwerste Bewährungsprobe ihrer Geschichte bestanden.

All den Frauen und Männern, die 1918 unter schwierigsten Bedingungen treu zur schweizerischen Selbstbestimmung, zur Unabhängigkeit und zur direkten Demokratie gestanden sind, gebührt unser aller Dank. Menschen aus dem Bauern- und Gewerbestand, das freisinnige und das katholisch-konservative Bürgertum, die Bewohner der Zentralschweiz, der Westschweiz und des Tessins – sie alle haben uns das Land vor schwersten Anfechtungen von Links frei und unversehrt bewahrt. Gedenken wir heute ihrer bewundernswerten Leistung vor hundert Jahren! Und erweisen wir uns heute ihrer würdig! Verspielen wir nicht unsere direkte Demokratie und unser Stimmrecht, um das sie im November 1918 so heiss gerungen haben. Tun auch wir Heutigen das Richtige wie damals die grosse Mehrheit unserer Ahnen!

Christoph Blocher,
alt Bundesrat SVP, Herrliberg

Der erste Teil der Ustermer Rede zum Generalstreik erschien im Zürcher Boten Nr. 46 vom 16. November 2018. Die gesamte Rede ist unter www.svp-zuerich.ch abrufbar.

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Ja zu Sozialdetektiven

Leider ist Versicherungsbetrug Realität. Ich arbeite selbst bei einem grossen Versicherer und habe eine Dissertation zu diesem Thema verfasst. Die durch Versicherungsbetrug verursachten Schäden bewegen sich bei den Versicherungen in der Höhe von 6 Prozent der gesamthaft ausbezahlten Leistungen. In den letzten 12 Jahren war der Einsatz von Versicherungs- wie auch von Sozialdetektiven unbestritten. Auch rotgrüne Kreise nahmen die Erfolge des genaueren Hinsehens zur Kenntnis. Die Missbrauchsquoten gingen massiv zurück. Der präventive Charakter des Einsatzes von Versicherungs- und Sozialdetektiven ist offensichtlich. Mit einem Entscheid im Jahr 2016 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Überwachungsmassnahmen durch eine Versicherung für nicht zulässig erklärt. Er bemängelte, dass hierfür die gesetzlichen Grundlagen fehlen. Sofort stellten die Sozialversicherungen und Sozialämter den Einsatz von Überwachungsmassnahmen ein. Die Geprellten sind im Falle der Sozialhilfe die Steuerzahlenden und bei Versicherungen die Prämienzahlenden. Denn das missbräuchliche Erschleichen von Versicherungsleistungen treibt die Prämien für alle ehrlichen Versicherten massiv in die Höhe. Eine Umfrage bei Versicherungen ergab überall das gleiche Bild: Die im Jahr 2017 aufgedeckten Missbrauchsfälle gingen gegenüber dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre massiv zurück. Sämtliche angefragten Versicherungen sagen übereinstimmend, dass das Mittel der Observation eines Versicherten bei ernsten Betrugsverdachtsfällen unerlässlich ist. Die Gesundheitskommission des Ständerates erarbeitete einen Entwurf, um der Forderung des EGMR nachzukommen und eine rechtliche Grundlage für den Einsatz des bewährten Instruments der Versicherungsdetektive zu schaffen. National- und Ständerat unterstützen die Ergänzung des Bundesgesetzes über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts zur Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten. Die neu geschaffenen Änderungen sind ausgewogen und zementieren die Praxis der letzten 12 Jahre. Gegen diesen Beschluss haben nun linke Kreise das Referendum ergriffen. Fakt ist: Zur Aufdeckung von Missbräuchen sind Versicherungsdetektive das letzte Instrument. Es müssen hohe versicherungsinterne Hürden überwunden werden, bevor ein Detektiv zum Einsatz kommt. Auch die hohen Kosten einer Überwachung verhindern, dass die Versicherungen ohne einen klaren Verdacht einen Detektiv losschicken. Ehrliche Bezüger von Versicherungsleistungen brauchen sich auch weiterhin keine Sorgen zu machen. Ihre Leistungen bleiben unangetastet. Und sie werden auch nicht überwacht, auch nicht vorsorglich. Aus diesen Gründen hoffe ich, dass die Vorlage zur Ergänzung des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts angenommen wird.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Vetterliwirtschaft und der Mischverkehr

Das erste und das letzte Wort. Dieses Privileg genoss der SVP-Fraktionspräsident an der letzten Gemeinderatsdebatte. Mit einer Fraktionserklärung zum «Sturzflug» der Flughafenaktie begann die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Zürich. Über 100 Millionen hätte die Stadt Zürich sparen können, wenn man auf die SVP gehört und die Aktien verkauft hätte.



Roger Bartholdi
Gemeinderat SVP
Fraktionschef
Zürich 9

Eine längere und intensive Debatte löste die stadträtliche Weisung zur Ausnahmebewilligung zur Wiederwahl von Martin Waser zum Präsidenten des Verwaltungsrates der AOZ (Asylorganisation der Stadt Zürich) aus. Der Gemeinderat hatte im Jahr 2010 mit einer Motion von SVP, SP und Grünen den Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD) angepasst. Die Moti-

on beinhaltete unter anderem folgende Forderung: «Für städtische Angestellte und Behördenmitglieder (inkl. ehemalige Stadtratsmitglieder) endet die Abordnung mit ihrem Ausscheiden aus städtischen Diensten.» Das Parlament hat dann zu einem späteren Zeitpunkt einer Ausnahmeregelung zwar zugestimmt, aber es ging dabei primär um Funktionen oder Personen, die man nicht einfach ersetzen könnte. Im Regelfall endet das Mandat mit dem Austritt. Zusammen mit der SVP kämpfte ursprünglich die SP an vorderster Front für diese Einschränkung der Mandate. Da es nun um ein Parteimitglied der SP und um den ehemaligen Stadtrat Martin Waser geht, wird die eigene Verordnung ignoriert. Diese Ausnahmebewil-

ligung erfolgt nun bereits ein zweites Mal und die Parteien GLP, AL, SVP und EVP argumentierten vergeblich für die Anwendung der gültigen Verordnung. Umso störender ist die Tatsache, dass ein amtierendes SP-Stadtratsmitglied den Vorschlag erst machte. Sowas würde in der Privatwirtschaft wohl als «Vetterliwirtschaft» bezeichnet werden. Findet man für das AOZ-VR-Präsidium wirklich niemand anderen? Ist Martin Waser, welcher zudem Präsident des Spitalrates vom Uni-Spital ist und diverse andere Mandate ausübt, tatsächlich unersetzbar? Ist dieses Mandat so unattraktiv? Die SVP ist überzeugt, dass man viele gute Kandidatinnen und Kandidaten für dieses Amt finden würde und es keine Ausnahmebewilligung braucht. Auch die Corporate Governance der AOZ ist alles andere als vorbildlich. Die Stadt Zürich vergibt Aufträge an die AOZ, ist gleichzeitig selber in Führungsgremien der AOZ involviert und der Stadtrat hat zudem deren Aufsichtsfunktion.

Ende des Mischverkehrs, oder nicht? Wahrscheinlich hat jede Person sich mindestens einmal aufgeregt, wenn auf dem Trottoir ein Velofahrer überraschend angebraust kommt. Es gibt

SVP ZÜRICH 9

Traditioneller Raclette-Plausch

Der schon traditionelle Raclette-Plausch der SVP Zürich 9 fand am Freitag, 16. November 2018, im Restaurant Sternen-Albisrieden statt. Interessante politische Gespräche, dazu ein feines Raclette, so lässt es sich gut ins Wochenende starten.

Als Gast war überraschend SVP-Nationalrat und Stadtparteipräsident Mauro Tuena anwesend (extra aus Bern ange-reist). Die Kurzvorstellungen der anwesenden Kantonsratskandidaten aus dem Wahlkreis 2 gaben einen guten Ein- und Überblick zur Vielfalt auf der SVP-Liste. «Fraue und Manne» verschiedener Jahrgänge und Berufe, stellen sich zur Kantonsratswahl 2019. Die SVP ist im Quartier verwurzelt und ein verlässlicher Partner, auch wenn uns in der rot-grünen Stadt Zürich ein kalter Gegenwind um die Ohren weht.

Sektionspräsident und SVP-Kantonsrat Lorenz Habicher konnte auch eine starke Delegation der SVP Zürich 3 unter der Führung von Sektionspräsident und SVP-Kantonsrat Roland Scheck willkommen heissen. Der RaclettePlausch,

ein gelungener Abend in der grossen SVP-Familie.

Lorenz Habicher,
Sektionspräsident SVP Zürich 9



Mauro Tuena bei seiner Ansprache am gemütlichen Raclette-Plausch.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

«Sturzflug» der Flughafenaktie

Der Flughafen Zürich gilt als das Schweizer Tor zur Welt und ist der Wirtschaftsmotor für den Grossraum Zürich. Der Flughafen Zürich hat mehr Arbeitsplätze als der Kanton Uri und ist für Gewerbe, Zulieferer und Tourismus nicht mehr wegzudenken. Für die SVP ist der Flughafen wichtig und sie setzt sich für eine sachliche Flughafenpolitik ein. Zudem will die SVP ein weiteres qualitatives Wachstum dem Flughafen Zürich ermöglichen.

Am 12. Juli 2017 forderten die Gemeinderäte Roger Liebi (SVP) und Markus Knauss (Grüne) mittels einer Motion den Verkauf des Aktienanteils an der Flughafen Zürich AG. Am 4. Juli 2018 haben nur die Grünen und die SVP dieser Motion zugestimmt. Die Motionäre wiesen in der Begründung bereits auf einen möglichen Kursrückgang wie folgt hin, Zitat: «Die Gefahr eines Kursrückschlages nimmt immer mehr zu, wenn auch im Moment nicht augenfällig. Die Zeit wäre also ideal, sich schnell ganz von der Beteiligung zu trennen oder sie zumindest soweit zurückzufahren, dass man seine Interessenvertretung über die GV noch geltend machen kann, aber nicht mehr als Investor auftritt.»

Mit einer Vertretung im Verwaltungsrat und einer Beteiligung von 5 Prozent am Aktienkapital der Flughafen Zürich AG ist die Stadt Zürich entsprechend unternehmerisch aktiv tätig und verantwortlich, ohne allerdings irgendwelchen politischen Einfluss (z. B. An- und Abflugrouten, Lärm, Ökologie) auf die Ausrichtung des Unternehmens nehmen zu können. Es ist offensichtlich, dass das Geschäftsmodell des Un-

ternehmens nicht mehr viel mit einer unbedingt notwendigen staatlichen Aufgabe der Stadt Zürich zu tun hat. Vielmehr hat die Beteiligung der Stadt mittlerweile den Charakter einer Finanzanlage, deren Erfolg oder nun Misserfolg voll auf die Jahresrechnung durchschlägt.

Seit dem 12.7.2017 sank der Kurs von 236.30 Franken bis heute 21.11.2018 auf 160.50 Franken. Bei 1 535 100 Aktien sind dies stolze 116 360 580 Franken Volksvermögen. Seit der Verkaufsfrist 30.6.2018 (Kurs CHF 202.40) bis heute 21.11.2018 beträgt der Verlust 64.32 Mio. Franken. Dieser Verlust hätte verhindert oder zumindest reduziert werden können, hätte man auf die SVP gehört. Alleine der Verlust im Rechnungsjahr 2018 beträgt über 6 Steuerprozent. Nichtsdestotrotz und unabhängig vom weiteren Kursverlauf der Aktie sieht die SVP den Sinn dieses Aktienpakets nicht ein und fordert nach wie vor eine Trennung bzw. Reduzierung auf einen Anteil von maximal 0,5 Prozent am Flughafen Zürich.

Roger Bartholdi, Fraktionschef
und Gemeinderat, Zürich

SVP DER STADT ZÜRICH

Volksabstimmung vom 25. November 2018

Vorlage Stadt Zürich

- 1. Gewährung von Baurechten für die Realisierung eines Fussballstadions, von gemeinnützigem Wohnungsbau und zwei Hochhäusern auf dem Areal Hardturm, Übertragung von zwei Grundstücken ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 50,15823 Millionen Franken und Einnahmeverzicht von jährlich 1,72666 Millionen Franken

JA

DIE LÜGEN UND MACHENSCHAFTEN UNSERER ELITEN

Was ist los mit unserer «Elite»?

Die letzten Wochen haben es deutlich gemacht: die unzähligen Standaktionen, Flyeraktionen, Podiumsdiskussionen und Debatten auf der Strasse, in den TV-Studios und in den Zeitungen sind bitter nötig. Ein grosses Dankeschön an alle Mandatsträger und unzähligen Helfer für den pausenlosen Einsatz zur Selbstbestimmungsinitiative.



Johann Widmer
Präsident SVP Kreis 10
Zürich

Unsere Bürger und Wähler sind sich zu wenig bewusst, was da alles auf uns zukommt.

Ich rufe daher auf, das Begonnene gleich weiterzuführen – wehren wir uns gegen die Lügen und Machenschaften der «Eliten». Die Debatte zur Selbstbestimmungsinitiative war ein guter Anfang. «Alle gesellschaftlichen Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts... waren Kopfgeburten von Intellektuellen.» (Roland Bader, Seite 253 in «totgedacht», 2002). Von den Folgen dieser sogenannt intellektuellen Kopfgeburten unserer «Eliten» blieb die Schweiz bis heute mehrheitlich verschont. Dies, weil bei uns das Volk und nicht die «Elite» in wichtigen Dingen des politischen Lebens das letzte Wort hat. Dieses System ist flexibel und passt sich jederzeit den, jeweils von einer Mehrheit erwünschten, gesellschaftlichen Situationen an.

Hat man die Debatte zur Selbstbestimmungsinitiative in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt, musste man leider feststellen, dass dieses Prinzip der direkten Demokratie bei der «Elite» offenbar verhasst ist.

dabei von der Stadt tolerierte Mischverkehrsflächen, in welchen bisher das Velofahren zusammen mit dem Fussverkehr erlaubt wurde. Die SVP bzw. der heutige Fraktionspräsident hat bereits 2003 einen Vorstoss eingereicht, welcher forderte, dass das Trottoir wieder dem Fussverkehr gehören soll. Dieser Vorstoss wurde damals einstimmig mit 114 zu null Stimmen vom Parlament überwiesen. Umgesetzt wurde dieser Vorstoss aber nie, das Gegenteil war der Fall. Immer neue Mischverkehrsflächen wurden erstellt, der Fussverkehr wurde zurückgedrängt. Deshalb wurde der SVP-Vorstoss auch nie abgeschlossen. Nun hat die SP mit einer 2.0-Version den Vorstoss erneuert und auch dieser Vorstoss wurde ebenfalls einstimmig und wieder mit 114 zu null Stimmen dem Stadtrat überwiesen. Allerdings ist in der Zwischenzeit auch ein Rechtsgutachten vorhanden, welches besagt, dass solche Mischverkehrsflächen gar nicht legitim sind. Die zuständige Stadträtin versprach, dass dieser Parlamentswille nun umgesetzt werden soll, wenn auch nicht von heute auf morgen. Die SVP wird dies akribisch verfolgen und hoffen, dass nicht noch ein dritter Vorstoss aus dem Parlament notwendig sein wird. Weder Mischverkehrsflächen noch illegale Velofahrende auf dem Trottoir dürfen akzeptiert werden.

Die «Elite» zeigt ihr wahres Gesicht Sie möchte die ganze Macht an sich reißen, sie möchte viel lieber vorschreiben, wie man zu denken hat, und uns mit absurden Lügen über unser direktdemokratisches System bedienen. Sie missachtet und verachtet die vom Volk selbstbestimmte Verfassung der Schweiz. Es ist einfach zu erklären, warum angestellte Spitzenverdiener (Manager), politische Mandatsträger, Journalisten und viele andere in der Öffentlichkeit stehende Mitmenschen sich in solch despektierlicher Art über unser Volk lustig machen, ja, es sogar in vielen Voten am Fernsehen oder in Zeitungsartikeln verachten: An der Universität wird ihnen der Sozialismus eingetrichtert. Die «Elite» denkt und bestimmt, die Mitmenschen (das Proletariat) haben nichts zu sagen dazu. Warum haben alle diese Leute vergessen, dass sie wegen unseres Wohlstands, den wir uns alle zusammen über Generationen hinweg erarbeitet haben, überhaupt erst studieren konnten? Etwas mehr Dankbarkeit und weniger Überheblichkeit würde diesen Leuten gut anstehen. Schützen wir unsere Schweiz gegen die Auswüchse der Kopfgeburten der «Elite», denn die nächsten Angriffe auf unsere Souveränität sind bereits in der Pipeline: Das Abkommen zur Massmigration der UNO und das Rahmenabkommen mit der EU. Bürger seid wachsam angesichts solch gefährlicher Kopfgeburten!

Ihr Immobilienraum?



	5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus 8127 Forch-Küsnacht , R. Schiesser Tel. 044 316 13 21 Miete 4'800.- p.Mt., Kauf 2'395'200.- Bezug nach Vereinb. www.ufdeforch.ch		6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser 8414 Buch am Irchel , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis ab 895'000.-, Bezug ab Herbst 2019 www.wilerbuch.ch
	1 ½ Zi. und 4 ½ Zimmer Mietwohnung 8708 Männedorf , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Miete ab 1'640.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb. www.loft-neugut.ch		5 ½ Zi. Attika-Wohnung 8610 Uster , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Miete 4'350.- p.Mt., Kauf 1'980'000.- Bezug nach Vereinb. www.schwizerstrasse35.ch
	5 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung 8708 Männedorf , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Miete 4'400.- p.Mt., Kauf 1'952'000.- Bezug nach Vereinb. www.lagovista.ch		3 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen, Eckhaus 8118 Pfaffhausen , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.luckenholz.ch
	4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH 8332 Rumlikon , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis ab 880'000.-, Bezug ab Winter 2019/20 www.grueens-doerfli.ch		3 ½ Zi. Dach-Eigentumswohnung 8184 Bachenbülach , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Miete 2'600.- p.Mt., Kauf 1'145'000.- Bezug nach Vereinb. www.ridere-bachenbuelach.ch
	5 ½ Zi. Maisonette-Eigentumswohnungen 8135 Langnau a. Albis , M. Knecht Tel. 044 804 34 34 Preis 1'765'000.-, Bezug ab Herbst 2018 www.bellesterrasses.ch		3 ½ u. 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8953 Dietikon , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.duo-dietikon.ch
	4 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung 8127 Forch-Maur , Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21 Miete 3'300.- p.Mt., Kauf 1'278'600.- Bezug nach Vereinb. www.amena-forch.ch		4 ½ Zi. Eigentumswohnung 8143 Stallikon , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis 950'000.-, Bezug nach Vereinbarung www.zuerikon.ch
	4 ½ Zi. Atriumhäuser und 3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen 8302 Kloten , Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88 Preis auf Anfrage, Bezug ab Winter 2019/20 www.panoramaweg-kloten.ch		3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8404 Stadel/Winterthur , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage Standort: www.soonbylepa.ch
	4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8484 Weisslingen , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage Standort: www.soonbylepa.ch		4 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen 8103 Unterengstringen , R. Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.sparrenberg.ch
	3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8127 Aesch-Maur , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage Standort: www.soonbylepa.ch		2 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8493 Saland , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Preis ab 340'000.-, Bezug ab Winter 2019/20 www.ammuelibach.ch
	5 ½ Zi. Einfamilienhaus 8476 Unterstemmel , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis 1'174'000.-, Bezug ab Herbst 2018 www.heerenweg.ch		3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8545 Rickenbach , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage Standort: www.soonbylepa.ch
	3 ½ - 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen 8615 Vermatswil , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.leuberg.ch		4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8152 Glattbrugg , Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.glattwies.ch
	4 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenhäuser 8309 Birchwil , Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis ab 1'790'000.-, Bezug ab Winter 2019/20 www.mira-birchwil.ch	Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können? Melden Sie sich bei unserem Chef  ulrich.koller@lerchpartner.ch oder Tel. 052 235 80 00. 	



You Tube
Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

**SVIT Immobilien-Messe in Zürich**
29. - 31. März 2019, Lake Side Zürich

**Eigenheimmesse Schweiz in Zürich**
5. - 8. Sept. 2019, Messe Zürich, Halle 6

Stand November 2018

KÖPPEL UND JOSITSCH IM STREITGESPRÄCH

Spannender Schlagabtausch in Feuerthalen

In einer kontradiktorischen Diskussion in der voll besetzten Aula Stumpfenboden in Feuerthalen kämpfte SVP-Nationalrat Roger Köppel für und SP-Ständerat Daniel Jositsch gegen die Selbstbestimmungsinitiative.

RoMü. Die von der SVP lancierte Selbstbestimmungsinitiative mobilisiert die Bürger in der ganzen Schweiz, wie sich an der sehr gut mit weit über 100 Personen besuchten Veranstaltung in Feuerthalen einmal mehr zeigte. Auf dem Podium standen mit Nationalrat Roger Köppel und Ständerat Daniel Jositsch zwei politische Schwergewichte, welche sich unter der Diskussionsleitung von Matthias Ackeret gegenseitig einen durchaus intensiven und lebendigen Schlagabtausch lieferten, wobei etwas Humor und auch abgeschossene kleine spitze Pfeile nicht fehlen durften. «Bei der Initiative geht es um die wichtige Frage, wer die Regeln macht und bestimmt», hielt Köppel einleitend fest. Das Instrument mit der direkten Demokratie, wo der Bürger mit Volksabstimmungen und Initiativen das letzte Wort hat, hat der Schweiz Wohlstand gebracht und machte die Schweiz zu einem starken Player, zeigte sich Köppel überzeugt. Doch verschiedene jüngste Volksentscheide sind durch die Politik ausser Kraft, nur teilweise oder gar nicht umgesetzt worden. Dabei machte er deutlich, dass es

der Bundesgerichtsentscheid im Jahre 2012 war, wo das internationale Recht über die Schweizer Verfassung gestellt hat. Deshalb soll die daraus hervorgegangene Selbstbestimmunginitiative dies korrigieren. «Wir müssen wieder das Heft selber in die Hand nehmen und alle Volksentscheide auch entsprechend umsetzen», so Köppels Botschaft. Daniel Jositsch sprach von einer gut verkauften Initiative. «Die Initiative hat einen trügerischen Inhalt», so Jositschs Gesamteinschätzung.

Menschenrechte gefährdet?
Bezüglich des Umgangs mit für die Schweiz nicht akzeptablen Urteilen aus Strassburg verwies Köppel auf Deutschland, welche diese ebenfalls ignoriert, weil dort das deutsche Grundgesetz über internationalem Recht steht. Köppel sieht auch keine Gefahr bezüglich des Vertragswesens und Völkerrechts, indem sich hier kaum etwas ändern wird. Er sieht gar eine Stärkung, weil alle Vertragspartner sich auf den Schweizer Souverän verlassen können. Die Angst der Wirtschaft sieht Köppel darin, dass sich diese nicht zu-

letzt wegen der Minderinitiative immer wieder vor dem Souverän fürchtet. «Das Schweizer Volk hat aber immer wieder an der Urne bewiesen, dass es durchaus wirtschaftsfreundlich denkt», gab Köppel zu bedenken. Jositsch seinerseits forderte die Macher der Initiative und zugleich die SVP als stärkste Partei dazu auf, ihre Anliegen im Parlament einzubringen und dort zu nennen, wo Handlungsbedarf bezüglich der aufgeworfenen Fragen vorhanden ist.



Die Kontrahenten lieferten sich ein spannendes Rededuell.

**eat & more**

8. Dezember 2018
ab 19.30



Oskar Freysinger,
ehemaliger National- und Walliser Staatsrat, Buchautor und Mitglied des serbischen Schriftstellerverbandes, wird Sie bei einem gemütlichen Essen durch den Abend begleiten.
Nebst Auszügen aus seinem neuen Buch
- Die dunkle Seite des Lichts - (Brinkhaus Verlag)
wird Herr Freysinger zwischen den Gängen Prosa lesen, Gedichte und Songs vortragen.
Nutzen Sie die Gelegenheit diesen charismatischen Mann aus dem Wallis ganz nah zu erleben.
Oskar Freysinger wird sich im Laufe des Abends auch Zeit nehmen für kurze individuelle Gespräche und Signaturen seiner literarischen Werke welche man direkt vom Autoren erwerben kann.

An diesem Abend servieren wir Ihnen folgendes Menu
Kürbiscreme
grüner Salat
Kalbsbraten, Kartoffelgratin
Vichy-Karotten
CHF 42.50
Reservationen unter: 044/784 04 37
Restaurant Sihlegg, Schindellegistrasse 64; 8832 Wollerau www.sihlegg.ch

SVP-KANTONSRA TSFRAKTION

Kantonsrat/Fraktion
Montag, 26. November 2018, 13.00 Uhr,
Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab
10.30–12.00 Uhr, Restaurant Rose, Ober-
embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00
Uhr, Restaurant Bienengarten, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00
Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Bir-
mensdorf.

Bezirk Horgen/Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00
Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen/Meilen
Jeden zweiten Samstag (gerade Kalender-
wochen), ab 10.30 Uhr, Restaurant Frieden,
Rauchgässli 34, Meilen.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11–12
Uhr, im Restaurant Hecht, Usterstrasse 8,
Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab
17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstras-
se 23, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr,
Parteihöck im Raum Zürich, Standort und

Details werden auf unserer Homepage:
www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Zürich/Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, ab 18.00
Uhr, Restaurant Bahnhof Wiedikon, See-
bahnstrasse 33, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab
18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstras-
se 243 (Limmatplatz), Zürich.

Am 6. Dezember 2018 mit Kantonsrat Ueli
Bamert (SVP).

Am 3. Januar 2019 mit Gemeinderat Peter
Schick (SVP).

Eine An- oder Abmeldung an info@svp5.ch
ist aus organisatorischen Gründen erwünscht.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr,
Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175,
Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30
Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwa-
mendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Samstag, 8. Dezember 2018, 09.00–20.00
Uhr, und Sonntag, 9. Dezember 2018, 11.00–
19.00 Uhr, auf dem Schulhausplatz Früebli,
Dielsdorf, Weihnachtsmarkt, beheiztes Zelt.
Es gibt Wurst, Kartoffelsalat und warme
Getränke.

Bezirk Horgen
Samstag, 1. Dezember 2018, 13.00–18.00 Uhr,
Gutsbetrieb Uf Stocken, Stockenstrasse 88,

Kilchberg, Standaktion am Chlausmärt im
Stockengut mit Regierungsrat Ernst Stocker,
der Kilchberger Kantonsratskandidatin Mar-
grit Haller und weiteren Kantonsratskandi-
daten des Bezirks Horgen.

Bezirk Meilen
Samstag, 1. Dezember 2018, 18.30 Uhr, Fest-
saal Haus Wackerling, Tramstrasse 55, Ue-
tikon am See, Adventsanlass mit Dr. Rolf
Dörig, Verwaltungsratspräsident SwissLife
und Adecco Group. Preis: Fr. 70.–, wird vor
Ort eingezogen. Anmeldung bis 23. Novem-
ber 2018 an domenik@schlattgut.ch oder
079 295 90 22.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Freitag, 7. Dezember 2018, Apéro ab 19.00
Uhr, Schützenhaus Holletsmoos, Küsnacht,
Jahresausklang, Nachtessen. Kosten: Fr. 40.–
pro Person. Anmeldung an Noldi Reithaar,
079 403 37 49.

Donnerstag, 13. Dezember 2018, 19.00 Uhr,
Restaurant Schützenstube, Hesligenstras-
se 115, Küsnacht, Sessionsrapport&Bericht
aus dem Kantonsrat mit Nationalrat Roger
Köppel und Kantonsrat Hans-Peter Amrein.
Ein kühles Feierabendbier oder Mineral-
wasser und eine Brezel werden offeriert.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Freitag, 7. Dezember 2018, Apéro 18.30 Uhr,
Reithalle des Kavallerievereins Winterthur
und Umgebung, Riedhofstrasse 101, Win-
terthur, SVP-Chlausabend mit Nationalrätin
Natalie Rickli. Kosten für Essen inkl. Des-
sert: Erwachsene Fr. 30.–, Kinder Fr. 15.–.
Apéro wird spendiert. Anmeldung bis 3. De-
zember 2018 an cl.maerki@gmail.com oder
052 222 73 54.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 8. Dezember 2018, 10.30–12.00
Uhr, Kappenhühl, Zürich, Standaktion, Mit-
gliederwerbung.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen
Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich
Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lager-
strasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@
zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33,
Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/
Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnements-
dienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14,
8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax
044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für
Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder
Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lager-
strasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch,
Roland Scheck (rs.), Telefon 044 217 77 64,
Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.svp-
zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:**
SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14,
8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, Fax
044 217 77 65, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** Zürcher Bauernverband, Marco Calzimaglia, Lager-
strasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, inserate@zuercher-bote.ch. **Inseratenschluss:**
Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zei-
tungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Samstag, 12. Januar 2019, 10.30–12.00 Uhr,
Kappenhühl, Zürich, Standaktion, Mitglie-
derwerbung.

Samstag, 26. Januar 2019, 10.30–12.00 Uhr,
Röschibachplatz, Zürich, Standaktion zu den
Kantonsratswahlen.

Samstag, 9. Februar 2019, 10.30–12.00 Uhr,
Coop Riethof, Zürich, Standaktion zu den
Kantonsratswahlen.

Samstag, 23. Februar 2019, 10.30–12.00 Uhr,
Kappenhühl, Zürich, Standaktion zu den
Kantonsratswahlen.

Samstag, 9. März 2019, 10.30–12.00 Uhr,
Kappenhühl, Zürich, Standaktion zu den
Kantonsratswahlen.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 7. Dezember 2018, 19.30 Uhr (Tür-
öffnung 18.30 Uhr), Schulhaus Gräwimatt,
Schattdorf UR, Jubiläumsfest «20 Jahre SVP

Uri» mit Referaten von nationalen Politikern,
musikalischer Unterhaltung, Nachtessen
und Dessert. Anschliessend Barbetrieb.

Freitag, 20. September 2019 bis Sonntag,
22. September 2019, Hornbrechtikon, SVP-
Schies sen 2019 (Vorschiessen am Freitag,
13. September 2019). Weitere Informationen
folgen.

VERANSTALTUNGEN ZU DEN
KANTONS- UND
REGIERUNGSRATSWAHLEN 2019

Samstag, 15. Dezember 2018, 09.00–12.00
Uhr (ab 08.30 Uhr Kaffee und Gipfeli), Re-
staurant Rössli, Illnau, Programmtagung
für Kandidaten, Sektionspräsidenten, Bezirks-
parteipräsidenten und Wahlkommissionen.
Anmeldung an sekretariat@svp-zuerich.ch.



INSERAT

SVP Adventsabend

Wann: Samstag, 1. Dezember 2018,
Wo: Festsaal Haus Wackerling, Tramstrasse 55, 8707 Uetikon a. S.

Ehrengast:
Dr. Rolf Dörig
Verwaltungsratspräsident
SwissLife und Adecco Group

Mit besten Grüßen
SVP Bezirk Meilen

Kantonsrat Christian Hurter
Präsident

Programm:

18.30 Apéro
ca.19.00 Begrüssung Christian Hurter, Präsident
SVP Bezirk Meilen und Kantonsrat,
Grussbotschaft Dr. Rolf Dörig,
Verwaltungsratspräsident der SwissLife und
Adecco Group
19.30 Gemütliches Abendessen

Preis: Fr. 70.- pro Person (zahlbar vor Ort)
Fr. 40.- Mitglieder der JSVP
Inkasso vor Ort

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme - geniessen Sie
einen wunderbaren Abend im Festsaal des Hauses
Wackerling in Uetikon mit interessanten Gesprächen
im geselligen Rahmen.
Den Sponsoren, welche diesen Anlass unterstützen,
danken wir ganz herzlich!

Kantonsrat Domenik Ledergerber
Organisation

Anmeldung
Gerne melde ich mich an für den SVP Adventsabend vom Samstag 1. Dezember 2018

Anzahl Personen

Name, Vorname

Wohnort

Name, Vorname Gäste

Anmeldung bis 23.11.2018 an:

Domenik Ledergerber, Schlattstrasse 67, 8704 Herrliberg
Tel: 079 295 90 22, Fax: 044 915 08 65 e-mail: domenik@schlattgut.ch

Bezahlung am Abend vor Ort

Zur direkten Demokratie.
Zur Selbstbestimmung.
www.selbstbestimmunginitiative.ch
PC-Konto: 31-21457-1

Einladung zum Abstimmungshöck

Sonntag, 25. November 2018
Arch Bar, Archstrasse 2, 8400 Winterthur

ab 11.30 Uhr: gemeinsamer Brunch
12.15 Uhr: «Darum braucht es die SVP»
Nationalrätin Natalie Rickli, Winterthur

ab 12.30 Uhr: Liveschaltungen aus der Arch Bar (SRF)
ab 14.00 Uhr: diverse interessante Kurzreferate/Analysen
Nationalrat Thomas Matter, Kampagnenleiter
Nationalrat Albert Rösti, Parteipräsident
und weitere

Bei guten Kurzreferaten, einem gemeinsamen Brunch von 11.30 Uhr bis 14.00
Uhr bleibt genug Zeit zur Diskussion. Zusammen verfolgen wir die Resultate an
diesem wegweisenden Abstimmungssonntag.

Anfahrt: Die Arch Bar befindet sich beim Bahnhof Winterthur (vis à vis vom
Bahnhofplatz). Mit dem Auto können Sie direkt nebenan im Parkhaus Archhöfe
parkieren.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme.

Nationalrat Thomas Matter
Kampagnenverantwortlicher
SVP Schweiz
www.svp.ch

Simon Büchi
Präsident SVP Winterthur